

Stellungnahme des Kreiselterrates 22 (Hamburg West) vom 5. Juni 2002

Hamburgs Bildungspolitik – ein Fehlschlag

Der Hamburger Senat plant gegenwärtig erhebliche Mittelkürzungen an den Schulen. Der Kreiselterrat 22 ist empört über die zu erwartende Verschlechterung der Lernsituation für unsere Kinder.

Die wirren und chaotischen Verlautbarungen und Beschlüsse der letzten Wochen sowie die unüblichen, massiven Angriffe gegen die Schulbehörde, haben wir mit Entsetzen beobachtet. Die dabei sichtbar gewordene Inkompetenz erfüllt uns angesichts PISA mit großer Sorge.

Herr Lange will:

- Teilungs- und Förderstunden streichen
- Klassenfrequenzen erhöhen
- Bildungsgänge schließen
- Wahlversprechen nicht einhalten: Statt wie versprochen 750 Neueinstellungen eine Kürzung von ca. 300 Lehrerplanstellen
- Berufsschulen an private Trägergesellschaften überführen
- Bei den Lehrmitteln sparen. Die Eltern sollen kräftig zur Kasse gebeten werden

Folgen:

- Durch ständige Kürzungen in der Bildung wird die Zukunft unserer Kinder fahrlässig aufs Spiel gesetzt.
- Trotz stetig ansteigender Schülerzahlen werden Lehrerstellen gekürzt und die Qualifikation von Lehrpersonal geschmälert. Dies führt zur Frustration und Demotivierung unter der Lehrerschaft.
- Unterrichtsausfallzeiten werden deutlich erhöht, da nicht die nötige Reserve an Lehrern vorhanden ist.
- Die Einführung der Ganztagschule wird unmöglich, denn sie erfordert mehr Lehrerplanstellen, nicht weniger.
- Schüler, Lehrer, Eltern und Bürger sind verunsichert, haben das Vertrauen in die Bildungspolitik wegen der vielen planlosen, konzeptlosen Vorgänge verloren.

Wir fordern von Senator Lange:

- Die Bildungspolitik muss trotz Sparmaßnahmen oberste Priorität haben.
- Die Klassenfrequenzen dürfen auf keinen Fall erhöht werden.
- Die Lehrerversorgung muss für die Zukunft sichergestellt werden.
- Bildungsangebot und Bildungsqualität müssen erhöht und nicht abgesenkt werden.
- Eine qualifizierte und ausreichende Vertretungsreserve für eine 100% Unterrichtsversorgung.
- Die Einführung von Ganztagschulen darf nicht auf Kosten von anderen Schulformen erfolgen.
- Eine Stärkung der vorschulischen Förderung